

EINFÜHRUNG IN BAND II

Hugh McLeod

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts lebte die überwiegende Mehrheit der Christen dieser Welt noch in den „Christentümern“ Europas und Äthiopiens oder in den christlichen Gemeinschaften auf dem amerikanischen Doppelkontinent und auf den Philippinen, die erst in jüngerer Zeit im Gefolge der Eroberungen des 16. und 17. Jahrhunderts entstanden waren. Daneben existierten noch historische christliche Minderheiten in Südindien und in einigen Teilen des Mittleren Ostens sowie in Nordafrika, das einstmals weitgehend christianisiert war, nun aber seit vielen Jahrhunderten unter muslimischer Herrschaft lebte. In China und Japan wiederum hatten Verfolgungen das Christentum stark dezimiert, während es in Vietnam trotz ähnlicher Verfolgungen immer noch eine beachtliche christliche Gemeinschaft gab. Die Entwicklung, innerhalb derer das Christentum nach China und Japan zurückkehrte und in anderen Regionen Asiens und Afrikas zumindest Fuß fasste, hatte noch kaum eingesetzt.

Die „Christenheit“ setzte sich zu jener Zeit aus Gesellschaften zusammen, die sich insgesamt als christlich bezeichneten – und üblicherweise war dies eine spezifische Form von Christlichkeit: Sie war entweder katholisch, orthodox, lutherisch, reformiert oder anglikanisch. Nichtchristen oder etwa Christen der falschen Art galten in diesen Gesellschaften als Bürger zweiter Klasse – falls ihre Existenz überhaupt anerkannt oder toleriert wurde. Das bedeutete zum Beispiel, dass man den Gesetzen und den zentralen gesellschaftlichen Institutionen ein christliches Fundament attestierte und dass es enge Verbindungen zwischen den religiösen und den anderen Eliten gab. Regierungen, Grundbesitzer und städtische Eliten erkannten an, dass es zu ihren Pflichten gehörte, die Kirche zu unterstützen – auch wenn diese Unterstützung natürlich an zahlreiche Bedingungen geknüpft war. Die Beziehungen zwischen Kirche und Staat waren zwar nicht immer harmonisch, doch es war unwahrscheinlich, dass Kirchenleitungen gewisse Grenzen allzu sehr missachteten. Selbst in katholischen Staaten wie Frankreich, Spanien und Portugal, in denen der Papst die höchste Autorität für die Kirche war, wurden die Bischöfe vom Monarchen ernannt. Noch direktere Macht über die Kirche hatte der Staat in Russland, wo ein Heiliger Synod, dessen Mitglieder vom Zaren ausgewählt wurden, die höchste Kontrolle über die Orthodoxe Kirche ausübte. Aber auch in protestantischen Ländern wie England oder Preußen war der Monarch der „höchste Herrscher“ oder „oberste Bischof“ der Kirche. Die Kirche und der rechte christliche Glaube (wie man ihn im jeweiligen Land verstand) wurden von der

Zensur und von Gesetzen geschützt, die Häresie und Blasphemie unter Strafe stellten sowie Kirchenbesuch und Sakramentenempfang zur Pflicht machten. Auf dem amerikanischen Doppelkontinent waren die Menschen europäischer oder gemischter Abstammung zumindest nominell Christen, doch viele indigene Völker hielten weiter an ihren traditionellen Praktiken fest –, ebenso wie die als Sklaven gehaltenen Afrikaner. Doch in manchen Gebieten wie im Süden der USA setzte unter ihnen eine Massenbewegung hin zum Christentum ein.

In der Praxis gab es ständig Spannungen zwischen der Idealvorstellung von einer christlichen Gesellschaft und den gesellschaftlichen Realitäten, in denen die unterschiedlichsten Werte beträchtlichen Einfluss hatten. Für die Spitzen der Gesellschaft zählte Ehre oft mehr als christliche Ethik, und für die Menschen am unteren Ende hatte das Überleben um jeden Preis höchste Priorität. So wurde das Duellieren immer wieder von der Kirche verurteilt, doch unter Aristokraten blieb es eine weitgehend übliche Art der Auseinandersetzung. Die Prostitution wurde gleichermaßen verdammt, war jedoch gleichermaßen verbreitet und wurde von Männern aller Klassen in Anspruch genommen und somit begünstigt.

Im Osmanischen Reich sorgte das Millet-System dafür, dass nicht muslimische Minderheiten, unter ihnen auch die zu verschiedenen Kirchen gehörenden Christen, ein beträchtliches Maß an Autonomie genossen: Sie konnten unter ihren eigenen religiösen Führern leben, die für das Eintreiben der Steuern, das Bildungswesen, die Wohltätigkeit und die Rechtsprechung verantwortlich waren. Zugleich aber mussten sie zusätzliche Steuern bezahlen und wurden so immer wieder daran erinnert, dass sie als tolerierte Minderheit in einem Staat und einer Gesellschaft von Muslimen existierten. Im späteren 18. Jahrhundert war ihre Situation besser als diejenige religiöser Minderheiten – ob christlich oder nicht christlich – in vielen christlichen Ländern, doch im Laufe des 19. Jahrhunderts verschlechterte sich die Lage im Osmanischen Reich.

Christliche und muslimische Gesellschaften glichen sich darin, dass die konfessionelle Identität sowohl für das Leben der Einzelnen als auch für die gesellschaftliche Ordnung von grundlegender Bedeutung war. Ungeachtet des persönlichen Glaubens oder Unglaubens gehörte jeder einem spezifischen religiösen Bekenntnis an, und das bestimmte zu einem wesentlichen Teil, wie man von anderen wahrgenommen wurde. Der Position der Christen im Osmanischen Reich entsprach die Position der Juden im christlichen Europa. Sie besaßen keine politischen Rechte und waren oft von der Ausübung vieler Berufe ausgeschlossen, aber im Allgemeinen genossen sie die Freiheit der Religionsausübung. Sie bildeten eine Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft. In manchen Teilen Europas, vor allem in Deutschland, wurden die Schranken zwischen Juden und Nichtjuden allmählich eingerissen, als im Gefolge der *Haskala*, der jüdischen Aufklärung, Juden begannen, sich als „Deutsche jüdischen Glaubens“ zu verstehen und staatsbürgerliche Rechte einzufordern. Ihre Emanzipation erwies sich als langwieriger Prozess, und im 19. Jahrhundert wurde die gesellschaftliche Position

der Juden im christlichen Europa unter dem Einfluss liberaler Ideen zu einer wichtigen politischen Frage.

Zwischen dem östlichen und westlichen Christentum Europas bestand noch immer eine grundlegende Teilung, die von der formalen Trennung im 11. Jahrhundert herrührte und darüber hinaus auch noch auf ältere Differenzen zurückging. So gab es auf der östlichen Seite orthodoxe Kirchen wie die griechische, die die Autorität des Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel anerkannten, und es gab die russisch-orthodoxe Kirche, die syrisch-orthodoxe Kirche, die äthiopisch-orthodoxe Kirche und die koptische Kirche in Ägypten. Irgendwo zwischen Ost und West gab es dann noch Kirchen, die, wie die griechisch-katholische Kirche in der Ukraine und den benachbarten europäischen Gebieten, eine orthodoxe Form der Liturgie mit der Anerkennung der Oberhoheit des Papstes verbanden. Im Westen war die römisch-katholische Kirche bei Weitem die größte; in Südeuropa war sie die vorherrschende Konfession, ebenso in großen Teilen Mittel- und Osteuropas sowie in den riesigen Territorien der spanischen und portugiesischen Imperien in Amerika und Asien. Außerdem waren da auch noch die Lutheraner, die in vielen deutschen Staaten und in den nordischen Ländern die Oberhand hatten, sodann die Reformierten, Anhänger von Johannes Calvin mit Hochburgen in der Schweiz, den Niederlanden, in Schottland und einigen deutschen Staaten, und schließlich die Anglikaner, die nicht nur in England, sondern auch in Wales und Irland einen privilegierten Status hatten. Die Reformation des 16. Jahrhunderts hatte zudem auch zahlreiche Freikirchen hervorgebracht – im offiziellen Sprachgebrauch „Sekten“ –, die keine Vergünstigungen vom Staat erhielten und häufig verfolgt wurden. In den britischen Kolonien Nordamerikas fanden diese „Sekten“ ihre Freiheit; nach der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika wurde eine von ihnen, die Kirche der Kongregationalisten, sogar zur offiziellen Kirche von Massachusetts und Connecticut, und eine andere, die methodistische Kirche, war eine Zeitlang die größte Konfession in den Vereinigten Staaten.

Bei vielen Fragen bildeten die protestantischen „Sekten“ das eine Extrem eines sehr weitgefächerten Spektrums der christlichen Praxis. Das spiegelte sich am lebhaftesten in der Architektur und Ikonografie der gottesdienstlichen Orte wieder. Hier finden sich einerseits die orthodoxen Kirchen, deren Wände bedeckt waren mit Abbildungen von Szenen aus der Bibel und aus dem Leben von Heiligen, andererseits die schmucklosen weißgetünchten Wände der reformierten Kirchen oder die noch schlichteren Bauten von Mennoniten und Quäkern. Die Lutheraner und Anglikaner standen irgendwo zwischen diesen Extremen. Ihre Kirchen muteten nach katholischen, geschweige denn nach orthodoxen Maßstäben relativ nüchtern an, doch sie hatten während der Reformation manchmal Altarbilder oder Wandgemälde behalten, die andere Protestanten heruntergerissen oder übermalt hätten. In ähnlicher Weise lässt sich sagen, dass die Bedeutung der Tradition, die in den östlichen Kirchen sehr groß und in der römisch-katholischen Kirche groß war, in den protestantischen „Sekten“ einen sehr niedrigen Stellenwert hatte,

während das persönliche Studium der Schrift und vor allem die direkte Inspiration mehr zählte. Einige Ausdrucksformen des Glaubens, wie beispielsweise das Mönchtum und die Wallfahrt, blieben für die Ostkirchen und den Katholizismus von zentraler Wichtigkeit, wurden aber von allen Protestanten weiterhin abgelehnt – obwohl im 19. Jahrhundert in Luthertum und Anglikanismus „hochkirchliche“ Bewegungen aufkamen, die eine neue Offenheit für Gebräuche mit sich brachten, die bis dahin als „katholisch“ verurteilt worden waren. Die protestantische Frömmigkeit konzentrierte sich vor allem auf das Lesen der Bibel und auf das Singen von Hymnen und Psalmen. Wegen der Bedeutung der Bibellektüre waren protestantische Staaten wie Schweden richtungsweisend bei der Alphabetisierung der Massen. Um 1800 konnte die überwiegende Mehrheit der Schweden lesen, wohingegen ein ähnliches Niveau der Lese- und Schreibfähigkeit in den meisten Teilen Europas erst gegen Ende des Jahrhunderts erreicht wurde.

In Ländern mit einer langen christlichen Geschichte – ob in Europa oder in den verbliebenen Hochburgen im Mittleren Osten, aber auch in vielen Teilen Amerikas – waren der christliche Glaube und seine Sprache zusammen mit einer Reihe frommer Übungen selbstverständliche Bestandteile des täglichen Lebens, oft vermischt mit vielem, was strengere Kritiker als „Volksglauben“ oder gar „Aberglauben“ bezeichneten. Im späteren 18. Jahrhundert vertiefte sich jedoch der Graben zwischen jenem Christentum, das von großen Teilen der Bevölkerung gelebt wurde, und den Varianten, die viele Geistliche, aber auch Regierungen und ganz allgemein gebildete Eliten bevorzugten. Letztere blickten mit wachsender Skepsis auf Wunder, Zauberei und den Teufel – die allesamt fest zur Volksreligiosität gehörten. Sie wünschten sich eine rationale und gesittete Religion sowie eine Kirche, die dem sozialen Fortschritt und der Steigerung des moralischen und bildungsmäßigen Niveaus der Menschen verpflichtet war. Der berühmteste Vertreter dieser „aufgeklärten“ Religion war Kaiser Joseph II. (Regierungszeit 1780–1790), der nicht nur zahlreiche Klöster schließen ließ und ihre Mittel an Gemeinden und Schulen umleitete, sondern durch seine Versuche, Wallfahrtsorte aufzulösen, breiten Widerstand hervorrief. Ähnliche Tendenzen sah man auch in Russland, wo Katharina II. (Regierungszeit 1762–1796) ebenfalls zahlreiche Klöster schloss, oder in Schottland, wo viele Wortführer der Aufklärung im 18. Jahrhundert Geistliche der Church of Scotland waren und wo die rationale und moralisierende Theologie der über lange Zeit tonangebenden Gemäßigten Partei regionale Widerstände provozierte, was die Kirche im 19. Jahrhundert schließlich auseinanderriss.

Am Ende des 19. Jahrhunderts war zwar die oben skizzierte grundlegende Topografie immer noch wiederzuerkennen, aber es hatten bedeutende Veränderungen stattgefunden. Zum einen war die „Christenheit“ in Europa ebenso wie in Amerika erheblich ausgehöhlt worden. Die Vorherrschaft der Staatskirchen und ihre engen Verbindungen zu den politischen und gesellschaftlichen Eliten waren beträchtlich geschwächt durch eine liberale Gesetzgebung, die die Religionsfreiheit erweiterte, Kircheneigentum konfiszierte und Kirche und Staat trennte. Das Christentum

selbst wurde intellektuell und politisch angegriffen, und das jahrhundertealte System der Kirchengemeinden wurde von den sozialen Veränderungen und insbesondere von der rapiden Landflucht unterminiert. Zugleich aber breitete sich das Christentum weit über jene Grenzen hinaus aus, die ein Jahrhundert zuvor noch alles bestimmt hatten. Eine starke Bewegung katholischer, protestantischer und (seltener) orthodoxer Missionen, meist unterstützt von der militärischen und wirtschaftlichen Macht Europas und der Vereinigten Staaten, brachte das Christentum in fast alle Gebiete Schwarzafrikas, auf die Inseln im Pazifik und in die meisten Länder Asiens. Vielen Christen schien es am Anfang des 20. Jahrhunderts, als habe sich das Blatt tatsächlich gewendet und als sei – in den Worten des Leiters einer dieser Missionsbewegungen John R. Mott (1865–1955) – „die Evangelisierung der Welt in dieser Generation“ nun eine realistische Möglichkeit.

I

Während die Frommen für ein widerspruchsloses Christentum plädierten, hatten viele andere nichts dagegen, mit den Widersprüchen, die der „Christenheit“ anhafteten, zu leben. Dasselbe lässt sich wahrscheinlich auch von den „Philosophen“ und ihren Anhängern in Aristokratie und Bürgertum sagen. Sie hatten im 18. Jahrhundert und besonders von 1750 an bestimmte christliche Lehren im Namen eines allgemeineren Deismus in Frage gestellt. Manche waren sogar noch weiter gegangen und hatten sich für den Atheismus oder einen völligen Skeptizismus ausgesprochen. Doch diese avancierten Anschauungen waren nur etwas für eine „aufgeklärte“ Elite, die einstweilen noch nicht den Wunsch verspürte, die Massen zu überzeugen.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wurde die „Christenheit“ jedenfalls aus vier sehr unterschiedlichen Richtungen unmittelbar in Frage gestellt. In der Präambel der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 hieß es: „Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht, daß alle Menschen gleich erschaffen worden, daß sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten begabt worden, worunter sind Leben, Freiheit und das Bestreben nach Glückseligkeit.“ Diese neuen Grundsätze hatten offenkundige Auswirkungen auf die Religion. Im Jahr 1791 verfügte der berühmte Erste Zusatzartikel zur Verfassung der Vereinigten Staaten: „Der Kongress darf kein Gesetz erlassen, das die Einführung einer Staatsreligion zum Gegenstand hat oder die freie Religionsausübung verbietet [...]“. Die gerade gegründeten Vereinigten Staaten wurden damit zum ersten christlichen Land, das die Verbindung zwischen Kirche und Staat löste und zumindest theoretisch die Möglichkeit eines freien Wettbewerbs zwischen den Religionen und zwischen religiösen und nicht religiösen Weltanschauungen schuf. Tatsächlich aber hinkte die

Praxis der Theorie hinterher, denn der Protestantismus behielt seine beherrschende Stellung in der amerikanischen Gesellschaft noch viele Jahre lang. Anders jedoch als in vielen europäischen Regionen hatte dieser Protestantismus zahlreiche unterschiedliche Gesichter. Manchmal geschah es durch Abspaltungen, manchmal durch einen Prediger, der neue Lehren verkündete – im 19. Jahrhundert entstand eine Vielzahl protestantischer Gemeinschaften. Einige von ihnen richteten sich vornehmlich an bestimmte Gruppen, die sich über ihre soziale Herkunft, Hautfarbe oder Ethnie definierten. Etliche Amerikaner fühlten sich auch von völlig neuen Formen des Christentums angezogen, etwa vom Mormonentum, dem Adventismus oder der Christlichen Wissenschaft. Sowohl mit der entschiedenen Befreiung von den europäischen Herrschern als auch mit der Trennung von Kirche und Staat statuierten die Gründer der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) ein Exempel, dem man in den folgenden Jahrzehnten in vielen anderen Teilen der Neuen Welt folgte.

Währenddessen untergruben in Großbritannien die rapiden sozialen Veränderungen im Zusammenhang mit der Industrialisierung die Basis der „Christenheit“ in einer bis dahin stabilen und hauptsächlich agrarisch ausgerichteten Gesellschaft. An den Schauplätzen der Industrialisierung in Nordengland, im Westen Schottlands und im Süden von Wales gerieten die Church of England und die Church of Scotland in ernste Schwierigkeiten, denn die explosionsartige Zunahme abweichender religiöser Standpunkte sowie die – etwas bescheidenere – Zunahme säkularer Ansichten führten dazu, dass viele Menschen den aktiven Kontakt zur Kirche verloren. Der religiöse Pluralismus in England war ein Vermächtnis der Bürgerkriege im 17. Jahrhundert; Kongregationalisten, Presbyterianer, Baptisten und Quäker gewannen damals in großer Zahl Anhänger, und sie überlebten die Verfolgungen, die auf die Stuart-Restaurations, die Wiederherstellung der Monarchie, folgten. Im 19. Jahrhundert entwickelte sich dieser Pluralismus noch erheblich weiter, als in England der Methodismus, in Schottland neue presbyterianische Kirchen und in Wales methodistische und calvinistische *Dissenters* ein starkes Wachstum erlebten.

Zur dritten und einschneidendsten Infragestellung der „Christenheit“ kam es in Frankreich. Die Große Revolution von 1789 hatte in einer Atmosphäre der Harmonie zwischen der katholischen Kirche und der neuen Ordnung begonnen. Doch dabei blieb es nicht. Im Jahr 1791 verurteilte der Papst die Revolution, und die französische Kirche spaltete sich: Auf der einen Seite standen diejenigen, die dem Papst treu blieben, auf der anderen die, deren Loyalität der Revolution galt und die deswegen zusehends unter Druck gerieten. Denn 1793 setzten die Behörden ein schonungsloses Programm der „Entchristianisierung“ ins Werk. Es wurde bereits im folgenden Jahr wieder aufgegeben, und 1801 schloss der Erste Konsul und spätere Kaiser Napoleon Bonaparte (1769–1821) ein Konkordat mit dem Papst, das die Rückkehr der katholischen Kirche als staatlich finanzierte (und staatlich kontrollierte) Institution möglich machte. Doch die Ereignisse von 1793/94 wirk-

ten lange nach. Nicht nur für Katholiken und die nachfolgenden Päpste, sondern auch für viele konservative Christen anderer Konfessionen waren die Verfolgungen der Beweis dafür, dass es zwischen Religion und Revolution keinen gemeinsamen Nenner gab. Viele andere glaubten indessen, dass die Kirche die Revolution verraten habe und dass eine fortschrittliche Politik unbedingt die Macht der Kirche brechen müsse.

Die vierte Infragestellung war zunächst ein isoliertes Ereignis, doch lag darin schon ein Fingerzeig auf Entwicklungen im 19. und mehr noch im 20. Jahrhundert. 1791 erhoben sich die versklavten Afrikaner von Haiti gegen ihre französischen Herrscher und klagten ihr Recht auf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ ein, wie es die Französische Revolution versprochen hatte. Die Franzosen reagierten darauf mit der Abschaffung der Sklaverei in ihren Kolonien, doch gelang es ihnen dann nicht mehr, die Kontrolle zurückzugewinnen. Im Jahr 1804 wurde die Republik Haiti ausgerufen. War die Amerikanische Revolution noch eine Rebellion europäischer Siedler gegen ihre Herrscher in Europa gewesen, so war die Haitianische Revolution nun die erste, mit der sich die von europäischen Christen eroberten oder versklavten Völker erfolgreich befreiten. In diesem Fall spielte die Religion bei den Fragen, um die gestritten wurde, keine Rolle, doch in den späteren antikolonialistischen Bewegungen und Sklavenaufständen waren die Auführer meist entweder gegen das Christentum eingestellt oder von einem Christentum inspiriert, das sich von dem ihrer Herrscher unterschied.

II

Zwischen 1792 und 1815 befand sich Frankreich fast durchgängig im Krieg mit den Monarchien Europas, und in den meisten Fällen behielt es dabei die Oberhand. Die französische Armee besetzte weite Teile Europas und hatte französische Ideen und Institutionen im Gepäck. Der spektakulärste aller Schläge gegen alles, was als heilig galt, war die Vertreibung von Papst Pius VI. aus Rom im Jahr 1798. Erst mit dessen Nachfolger erreichte Napoleon später eine zeitweise Übereinkunft. Um 1815 wendete sich das Blatt. Napoleon hatte in Waterloo seine endgültige Niederlage erlitten und ging ins Exil auf eine ferne Insel im Atlantik. Eine ultrakonservative Allianz von Monarchien – unter ihnen die Österreicher, Preußen, Russen, Briten, die wieder eingesetzten Bourbonen sowie Papst Pius VII. – herrschte nun über Europa. Auf dem Wiener Kongress trafen sie sich, um über die Zukunft des Kontinents zu entscheiden und in einigen Fällen seine Grenzen neu zu ziehen.

So wurden im Jahr 1815 die Weichen gestellt für viele der Schlachten, die im folgenden Jahrhundert die religiöse und politische Geschichte Europas und Amerikas beherrschten. Doch zunächst sah es tatsächlich so aus, als sei das *Ancien Régime*

erfolgreich wiederhergestellt worden. Riesige multinationale Reiche herrschten über weite Teile Europas – die Russen im Osten, die Österreicher in der östlichen Mitte, die Osmanen im Südosten, die Briten im Westen. Die Belgier wurden von den Siegermächten dem Königreich der Niederlande zugeschlagen und die Norweger dem Königreich Schweden. Deutschland hingegen bestand weiterhin aus vielen kleinen Staaten, aber auch aus großen wie Bayern und Preußen, die beide viele widerstrebende neue Untertanen erbeuteten, von Seiten Napoleons ebenso wie seitens der Alliierten. Auch Italiens Karte war immer noch zersplittert; zu den vielen verschiedenen Herrschern des Landes gehörte auch der Papst, der Rom und große Teile Mittelitaliens regierte. Fast überall in Europa herrschten Landadel und Oberschicht über die ländlichen Regionen und handeltreibende Patrizier über die Städte. Irgendeine Art politischer Vertretung gab es in den meisten europäischen Ländern, doch waren ihre Rechte überall sehr eingeschränkt. Alle europäischen Staaten reagierten auf abweichende religiöse Anschauungen mit Sanktionen, die allerdings unterschiedlich streng ausfielen und unterschiedlich rigoros gehandhabt wurden. Frankreich und die Niederlande gehörten zu den Staaten, die den höchsten Grad an Toleranz aufwiesen. Frankreich erkannte die reformierte, die lutherische, die jüdische und die katholische Religion an; auch die Mitglieder von Minderheitsreligionen unterlagen keinen rechtlichen Einschränkungen. Der Preis für diese Duldung waren aber weitreichende staatliche Eingriffsrechte in die Angelegenheiten der verschiedenen religiösen Gemeinschaften. Und wer versuchte, eine andere Konfession als die vier anerkannten aufzubauen, lenkte damit mit großer Sicherheit die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich. Am tolerantesten hinsichtlich der verschiedenen Religionen war vermutlich Großbritannien. Dennoch waren Katholiken, Juden und protestantische „Dissenters“ (Abweichler) immer noch von der Mitwirkung im Parlament und von der Übernahme öffentlicher Ämter ausgeschlossen. Am anderen Ende des Spektrums befanden sich Schweden und Dänemark, wo nur die lutherische Kirche anerkannt war und jene, die zu einem anderen Glauben konvertierten, das Land verlassen mussten, sodann Russland, wo zwar einige Minderheiten geduldet wurden, aber der „Abfall“ von der orthodoxen Kirche verboten war, und schließlich Spanien, das nicht nur das Recht auf Religionsfreiheit nicht anerkannte, sondern noch immer die Inquisition aufrechterhielt. Doch gegenüber Freidenkern waren selbst Länder wie Großbritannien, die das Recht von christlichen Minderheiten und Juden auf freie Religionsausübung respektierten, wesentlich weniger respektvoll. Anklagen wegen gotteslästerlicher Reden oder wegen der Veröffentlichung und des Verkaufs blasphemischer Literatur fanden immer noch mit einer gewissen Regelmäßigkeit statt.

Die gewaltigen Imperien Spaniens und Portugals, hauptsächlich in Amerika, aber auch in Teilen Asiens und Afrikas, waren 1815 immer noch intakt. Das Russische Reich dehnte sich über ähnlich gewaltige Territorien in Asien aus, bis hin zur Beringstraße und nach Alaska (auch wenn Alaska im Jahr 1867 an die USA verkauft wurde). Die Briten hatten die 13 Kolonien, aus denen Vereinigte Staaten

von Amerika wurden, verloren, aber sie herrschten noch über Kanada, sie weiteten ihre Macht über Indien aus und erwarben neue Kolonien in Australien und am Kap der Guten Hoffnung. Zum niederländischen Imperium gehörten viele der ostindischen Inseln und ebenso Teile der Karibik. Dänemark herrschte über Grönland und über seine indische Kolonie Serampore. Das französische Imperium war im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert bereits im Niedergang begriffen, doch im Jahr 1815 besaß es noch Kolonien in der Karibik und im Indischen Ozean.

Die meisten dieser Kolonien basierten von Anfang an auf Sklaverei oder anderen Formen der Zwangsarbeit, und trotz zunehmender Kritik daran war dies auch noch 1815 der Fall. Die Franzosen waren die ersten, die im Zuge der Revolution die Sklaverei in ihren Kolonien abschafften, doch Napoleon führte sie bald darauf wieder ein. Die endgültige Abschaffung kam erst mit der Revolution von 1848. Die Briten beendeten die Sklaverei in ihren Kolonien im Jahr 1833, die Niederländer 1863. Der US-Bundesstaat Pennsylvania hatte die Sklaverei bereits 1780 abgeschafft, doch in den Südstaaten kam es erst 1865 im Gefolge der Niederlage im Bürgerkrieg zur Abschaffung. Viele der gerade erst unabhängig gewordenen lateinamerikanischen Republiken schafften die Sklaverei in den 1820er Jahren ab, nur in Kuba und Brasilien dauerte es bis ins Jahr 1886 bzw. 1888.

III

Wenn die alte Ordnung überhaupt überlebensfähig sein konnte – das wurde bereits in den 1830er Jahren deutlich –, dann waren zahlreiche Kompromisse mit den neuen gesellschaftlichen Kräften und den neuen Ideen nötig. Unter den neuen Ideen war der Nationalismus die explosivste. In Europa fand die erste der erfolgreichen Rebellionen, die im Laufe der Zeit alle großen europäischen multinationalen Reiche zu Fall brachten, in Griechenland statt. Die Griechen sagten sich vom Osmanischen Reich los, wobei die Geistlichen der orthodoxen Kirche oft in prominenten Rollen auftraten, und sie gründeten 1832 eine unabhängige Monarchie. Sie lösten sich auch von der Oberhoheit des Ökumenischen Patriarchen in Istanbul und errichteten ihre eigene, autokephale orthodoxe Kirche mit einem Patriarchen in Athen. Wie Paschalis Kitromilides schreibt, begann damit „die schrittweise Transformation der universalen orthodoxen Kirche zu Nationalkirchen“.¹ Diese doppelte Auflehnung gegen die säkularen und die religiösen Autoritäten in Istanbul inspirierte auch die anderen orthodoxen Völker, die über Jahrhunderte unter

1 Kitromilides, Paschalis, *The Legacy of the French Revolution. Orthodoxy and Nationalism*, in: Angold, Michael (Hrsg.), *Cambridge History of Christianity*, Bd. V, *The Eastern Churches*, Cambridge 2006, 229–250, 232f.

türkischer Herrschaft gelebt hatten: die Bulgaren, die Rumänen und die Serben. Ein Volk nach dem anderen riss sich los, um den eigenen Staat zu gründen, in welchem die orthodoxe Kirche zwar eine privilegierte Position innehatte, zugleich aber umfassender staatlicher Kontrolle unterworfen war. Wo die kirchliche Eigenständigkeit nach der Gründung eines neuen Staates gefordert wurde, gestand sie der Ökumenische Patriarch zu, wenn auch widerstrebend, wo aber, wie im Fall der Bulgaren, die Erklärung der kirchlichen Unabhängigkeit der Existenz eines eigenen Staates vorausging, verweigerte er sie. Nach einem Beschluss der Synode in Konstantinopel von 1872 machten sie sich der Häresie des „Ethnophyletismus“ schuldig, das heißt der Vorstellung, dass ethnische und nationale Eigenarten die Bildung einer abgesonderten Kirche erforderlich machten. Ob dies nun wirklich häretisch war oder nicht – diese Vorstellung spiegelte in der Tat die Realität in den meisten Gegenden Osteuropas wider, wo religiöse und nationale Identitäten eng miteinander verknüpft waren.

Angesichts der oftmals schroffen Behandlung religiöser Minderheiten in christlichen Ländern in der frühen Neuzeit hielten viele Autoren die Bedingungen, unter denen Christen und Juden im Osmanischen Reich lebten, für relativ günstig. Als allerdings der Zusammenhalt dieses Reichs zunehmend von nationalstaatlichen Bestrebungen bedroht wurde – meist unterstützt von Russland und anderen christlichen Mächten –, trat man christlichen Minderheiten auch dort mit Furcht und manchmal mit Gewalt entgegen. So reagierten die osmanischen Machthaber auf den griechischen Aufstand, indem sie den Patriarchen von Konstantinopel und weitere hochrangige Prälaten am Ostersonntag des Jahres 1821 vor dem Haupttor des Patriarchats aufhängten – obwohl der Patriarch die Rebellion verurteilt hatte. Viele griechische Geistliche erlitten in anderen Teilen des Reichs ein ähnliches Schicksal. Im Ersten Weltkrieg nahm die antichristliche Gewalt schließlich extreme Formen an, doch war dies nur der Gipfelpunkt einer langen Entwicklung. Zunächst gewährten die Reformen von 1839 und 1856 den Nichtmuslimen im Reich völlige Rechtsgleichheit, doch konnte dies weder dem wachsenden Nationalismus Einhalt gebieten noch den starken Modernisierungsbestrebungen in manchen christlichen Gemeinschaften, die ebenfalls Misstrauen und Feindseligkeit wecken konnten. Das bekannteste Beispiel dafür ist das Schicksal der Armenier, von denen Hunderttausende zusammen mit anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1895/96 und 1911/12 getötet wurden.

Im Vergleich zur allmählichen Auflösung des Osmanischen Reichs erreichte der Aufstand gegen das spanische Kolonialreich ein viel umfassenderes Ausmaß. Er begann 1810 und setzte bis zum Jahr 1824 das Ende der spanischen Herrschaft auf dem amerikanischen Festland durch. Trotz anfänglicher Hoffnungen auf ein zweites Projekt „Vereinigter Staaten“ führte der Aufstand letztlich zur Gründung von etwa zwanzig unabhängigen Republiken. In der Zwischenzeit hatte sich 1822 Brasilien friedlich vom portugiesischen Imperium gelöst, wenn es auch erst 1899 eine Republik wurde. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesen neuen Re-